

## Niederschrift

### zur 37. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 27.09.2018	18:35 - 22:11 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Stellvertretende Vorsitzende

Anja Miethke,

##### Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda, Monika Fiedler,

##### CDU-Fraktion

Jürgen Teichmann bis 20:28 Uhr,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christina Krüger, Janett Seiler,

##### SPD-Fraktion

Klaus Runge, Elke Wagner,

##### FDP-Fraktion

Petra Schumann,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes, Saskia Felsch, Gabriele Henschke, Dr. Anya Quilitzsch,

##### Verwaltung

Bürgermeister Herr Matthias Rudolph, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Gleichstellungsfragen Herr Andreas Politz, Herr Jens Mörsel fürs Protokoll

#### Vorsitz

Karin Lehmann entschuldigt.

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende **Frau Miethke** eröffnet um 18.35 Uhr die 37. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen.

#### TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wurde ordnungsgemäß geladen. Es sind 10 von 11 Mitgliedern anwesend. Die Vorsitzende Frau

Lehmann hat sich für heute entschuldigt.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Der TOP 12.1. des nicht öffentlichen Teil der Sitzung wird seitens der Verwaltung zurückgezogen und in der nächsten Sitzung behandelt, da die Beratungsdrucksache dem politischen Raum nicht fristgemäß zur Verfügung gestellt werden konnte. Der TOP 12.2. rutscht somit an die Stelle des TOP 12.1..

Zum Letztgenannten merkt **Herr Politz** an, dass sich die Arbeitsgruppe zur Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree darauf verständigt hat, dass die jährlichen Beratungen über die Zuschüsse zur Wohlfahrtspflege und Vergleichbare, nicht öffentlich behandelt werden sollten (siehe § 10 Abs. 2 Nr. 6).

**Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 36. Sitzung vom 23.08.2018**

**Frau Fiedler** bittet im TOP 7.7., Seite 9 der Niederschrift des öffentlichen Teils der 36. Sitzung die Passage "Zur Frage des Bürgermeisters, auf welche Stoffe die Speisen genau untersucht werden sollen, wird von der Fraktion zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2018 eine Zuarbeit erfolgen." zu streichen, da sie diese Aussage nicht getroffen hat.

**Zustimmung mit Änderung Ja 8 Enthaltung 2**

### **TOP 5 Informationen der Vorsitzenden**

Zum TOP 7.2., Vorstellung der Kandidaten für den Kita- und Grundschulbeirat, hat Frau Lehmann eine E-Mail von Frau Herrmann, Stellvertreterin des Schulleitersprechers der Freien Grundschule Fürstenwalde erhalten, die von **Frau Miethke** verlesen wird. Damit unterstützt die Elternkonferenz der Freien Grundschule die Kandidatur des Herrn Jan Giesau für den Kita- und Grundschulbeirat.

### **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

#### **Herr Giesau**

##### *Vorstellung der Kitabedarfsplanung*

Mit dem Landkreis Oder-Spree wurde vereinbart, dass dazu am Donnerstag, den 15.11.2018, ab 18.30 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses, eine Informationsveranstaltung stattfindet. Auf die Frage, ob die Verwaltung eigene Prognosen anstellt, teilt **Herr Politz** mit, dass der Landkreis seine Planung in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen erstellt und intensiv abstimmt. Hierbei würden auch von der Stadt Fürstenwalde/Spree in Auftrag gegebene Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt. Letztlich habe der Landkreis verschiedene Szenarien entwickelt, die in die Bedarfsplanung mit einfließen.

#### **Frau Tesch, Schulleiterin der Sigmund-Jähn-Grundschule**

##### *Persönliches Statement*

Sie wünscht sich mehr Unterstützung für eine Schule, die einen weit höheren Anteil an sozial benachteiligten Kindern und Migrantenkinder beschult als je eine andere Schule in der Stadt. Des

Weiteren fordert sie mehr finanziellen Spielraum, zuverlässiges Personal in Vollzeit und generell eine bessere Reinigungssituation. Schließlich kritisiert Frau Tesch die Versetzung des jetzigen Hausmeisters an die Gerhard-Goßmann-Grundschule.

Die Kollegin **Frau Rattey** schließt sich den Ausführungen der Schulleiterin an, worauf der **Bürgermeister** dazu Erklärungen abgibt. Er meint, dass die Personalentscheidung sachlich begründet ist und die Diskussion hier nicht weiter geführt werden sollte. Im Übrigen sei ein neuer Hausmeister bereits eingestellt und werde noch von seinem Vorgänger eingearbeitet.

**Frau Tesch** fühlt sich mit ihrer Institution von der Verwaltung vernachlässigt und meint, dass die anderen Schulen der Stadt einen höheren Stellenwert einnehmen.

**Herr Rudolph** verweist auf die Sachebene und bittet Unterstellungen zu lassen. Er bietet der Schulleiterin seine Gesprächsbereitschaft an.

Nachdem die **Stadtverordnete Wagner** ihre Meinung zum Thema Hausmeisterwechsel abgegeben hat, erkundigt sich **Frau Fiedler** nochmals zur Reinigungssituation an der Schule. **Herr Politz** teilt mit, dass Unzufriedenheiten mit den Reinigungsleistungen in einigen Einrichtungen bekannt sind. Er stimmte zu, dass in den geschilderten Fällen die Reinigungsleistung nicht ausreichend sind. Eine Neuausschreibung des Gesamtpakets Reinigungsleistungen ist in Vorbereitung. Seine Fachgruppe hat bereits für die Überarbeitung der Leistungsverzeichnisse zugearbeitet.

Abschließend fügt **Herr Almes** an, dass es allein der Verwaltung obliegt, Personalentscheidungen zu treffen. (Die ausführliche Diskussion ist den Tonaufzeichnungen zum TOP zu entnehmen.)

Die Redner haben den Tonaufzeichnungen zugestimmt.

## **TOP 7      Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 7.1    Tätigkeitsbericht des Behindertenbeirates (BE: Frau Hettwer)**

**Frau Hettwer** trägt den Tätigkeitsbericht des Behindertenbeirates vor. (Er wird als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.)

### **TOP 7.2    Vorstellung der Kandidaten für den Kita- und Grundschulbeirat**

Die Sprecher der Eltern AG, **Frau Kessler und Herr Giesau**, die den Mitgliedern des Fachausschusses bereits bekannt sind, würden gern auch für den Kita- und Grundschulbeirat kandidieren. Weitere **Kandidaten** für den neu zu gründenden Beirat stellen sich persönlich vor. Einige der Interessenten konnten heute aus terminlichen Gründen nicht erscheinen. Für den Fachausschuss wird ein Gesamtüberblick aller möglichen Mitglieder mit ihren Eckdaten aufgelistet.

Laut der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree gehören dem Beirat zur besonderen Vertretung von Kindern im Kita- und Grundschulalter und deren Personenberechtigten 11 Mitglieder an, die von der Stadtverordnetenversammlung durch Abstimmung benannt werden. Auf die Frage, wie die Auswahl der Mitglieder aus der Vielzahl aller Interessenten erfolgen sollte, schlagen die Anwesenden vor, dass sich die Kandidaten untereinander einigen sollten. **Herr Teichmann** wies ergänzend darauf hin, dass eine Mitarbeit im Gremium auch ohne offizielle Mitgliedschaft möglich ist.

### **TOP 7.3    Thema Integration**

**Frau Hoffmann** bedankt sich für das Vertrauen der Stadtverordneten und freut sich, ihre Tätigkeit als Integrationsbeauftragte mit einem erweiterten Aufgabenfeld weiter ausführen zu können.

### **Aktuelles:**

#### zum Vorfall im SCHWAPP (Übergriff im Umkleidebereich)

Der Bürgermeister war mit dem betroffenen Ehepaar im Gespräch und es wurde Opferhilfe angeboten. Die Polizei hat den Vorfall als schwere Körperverletzung eingeordnet.

Mit der Leiterin des Sport- und Freizeitbades wurde ein Expertengespräch durchgeführt und ein Fortbildungsangebot, interkulturelles Training, in Zusammenarbeit mit der RAA Brandenburg und der Polizei zu folgenden Fragen:

- Wie kann ich Menschen begegnen, die sich nicht an die Regeln (Bade- und Hausordnung) halten?
- Wie kann ich Zivilcourage trainieren?
- Was kann ich tun, dass sich die Mitarbeiter/Innen sicher fühlen?

Des Weiteren wurde die Videoüberwachung in der Institution einer technischen Überprüfung durch die Polizei unterzogen.

#### Sicherheitsgespräch mit den Sicherheitsbehörden

Vorbereitung derzeit gemeinsam mit der Fachgruppe Öffentliche Ordnung und der Polizei zum Thema Integration:

- Welche Bedarfe bestehen und werden gesehen?
- Wie sieht die aktuelle Situation in der Stadt aus?

#### Informationen aus dem Integrationsnetzwerk und verschiedenen Institutionen

zur Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des LOS. Fälle, in denen es um:

- Hilfen zur Erziehung,
- Kindeswohlgefährdung,
- Familienhilfe

geht, werden unterschiedlich bewertet und nicht wie gewünscht unterstützt. Dies möchte Frau Hoffmann mit dem Sachgebietsleiter des Jugendamtes thematisieren.

Auf Anfrage zum Umzug aus der Gemeinschaftsunterkunft aus der Langewahler Straße in die Gebäude am Fuchsbau teilt die Integrationsbeauftragte mit, dass in den Herbstferien zunächst die Familien mit den schulpflichtigen Kinder umziehen. Mehr ist nicht bekannt. **Frau Wagner** merkt an, dass vor Ort mehr Spielmöglichkeiten für die Kinder eingeräumt werden sollten, worauf **Frau Hoffmann** nochmals klarstellte, dass die Stadt Fürstenwalde/Spree leider nicht in das Geschehen eingebunden ist und auch kein Mitspracherecht hat.

### **TOP 7.4 Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und SPD - Aussetzung des Babybegrüßungsdienstes unverzüglich zurücknehmen 6/AN/787**

**Frau Wagner** bringt den vorliegenden Sachverhalt ein und schlägt Herrn Rudolph vor, entweder die zeitweise Aussetzung des Babybegrüßungsdienstes unverzüglich zurückzunehmen oder eine entsprechende Beschlussfassung zur Abschaffung der freiwilligen Aufgabe durch die Stadtverordnetenversammlung zu veranlassen.

Als der Antrag in der letzten Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde, äußerte **Frau Seiler** bereits Bedenken bezüglich des Datenschutzes. Sie ist der Meinung, dass die Eltern über den Hausbesuch auch dahingehend schriftlich informiert werden sollten, dass auch geprüft wird, ob die Familie im häuslichen Bereich auf Unterstützung angewiesen ist. Die StadtElternAG hat geäußert, dass die Hausbesuche durch den Babybegrüßungsdienst nicht unbedingt gewünscht waren.

Frau Seiler stellt einen Änderungsantrag wie folgt: „Der Bürgermeister wird beauftragt, bei ausreichender Verfügbarkeit finanzieller Mittel im Haushalt, eine öffentlich bekannte Stelle in der Verwaltung zu schaffen, in welcher der Babybegrüßungsdienst von Eltern bei Bedarf aufgesucht werden kann. Dort werden Beratungsangebote und ein Begrüßungsgeschenk vorgehalten. Die Stelle ist mit

einer angemessenen pädagogisch ausgebildeten Kraft zu besetzen. Des Weiteren wird beantragt, den letzten Absatz des Antrages [betrifft Nr. 3], zu streichen.“

Daraufhin stellt **Frau Wagner** klar, dass der Babybegrüßungsdienst in der Vergangenheit genauso gearbeitet hat. Die Eltern wurden angeschrieben und nur wer wollte, ist besucht worden. Sie meint, dass der Änderungsantrag das Gleiche beinhaltet, was auch Praxis war.

Nach einer kontroversen Diskussion zwischen **Frau Wagner und Frau Seiler** klärt **Herr Politz** auf, dass der Babybegrüßungsdienst die Begrüßung und Wertschätzung des Neugeborenen zur Intensivstation hatte, abgekoppelt von jeglichen Kontroll- und Prüfgedanken. Zum Abbruch der freiwilligen Aufgabe ist es gekommen, da die Stelleninhaberin aus rein gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage war, den aufsuchenden Dienst umzusetzen. Daher wurde dieser umgewandelt in ein Angebot, das von den Eltern angenommen werden konnte. Seit Anfang 2016 werden im Bürgerbüro Willkommensschreiben an die Eltern ausgehändigt, wenn sie ihre Kinder anmelden. Auf Grund mangelnden Interesses der Zielgruppe, wurde die Personalressource dort eingesetzt, wo der Bedarf bestand. Herr Politz schlägt vor, hier eine entsprechende Beratungsdrucksache über die Aufhebung des damals gefassten Beschlusses für die Stadtverordnetenversammlung zu fertigen.

Die StadtElternAG hat ein Positionspapier erarbeitet.

**Frau Fiedler** beantragt Rederecht für **Herrn Giesau**, der im Namen der Eltern sprechen wird.

**Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Die StadtElternAG ist der Meinung, dass der Babybegrüßungsdienst sehr sinnvoll und nützlich ist, jedoch sich viele Eltern beim Hausbesuch unwohl fühlen. Der Dienst sollte neu aufgestellt werden.

**Herr Almes** betrachtet den vorliegenden Antrag als eine Unterstellung und **Frau Schumann** kann diesen zwar inhaltlich nachvollziehen, übt jedoch Kritik, dass im Beschlussvorschlag der Bürgermeister von der Stadtverordnetenversammlung schriftlich gerügt wird. Sie hätte sich gewünscht, dass der Babybegrüßungsdienst angepasst und heute eine entsprechende Beratungsdrucksache vorgelegen hätte.

Daraufhin stellt **Herr Rudolph** klar, dass ein Antrag aus dem politischen Raum vorliegt, über den zu befinden ist, so dass die Verwaltung eine Arbeitsgrundlage hat.

Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der vorliegende Antrag in seiner Schärfe nicht zu rechtfertigen. Dennoch sollte er an die Bedarfssituation und an die neuen datenschutzrechtlichen Grundlagen angepasst werden, so **Herr Apitz**. Wünschenswert wäre, wenn die Fachgruppe dem politischen Raum ein entsprechenden Vorschlag unterbreiten würde.

**Frau Fiedler** beantragt eine kurze Pause von 5 Minuten um sich mit der Fraktion der SPD abstimmen zu können. Dem stimmt die **stellvertretende Vorsitzende** zu.

Die einbringenden Fraktionen schlagen vor den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Fachausschusses beauftragt wird, Varianten zur Fortführung des Babybegrüßungsdienstes vorzustellen.

Auf Anfrage von **Frau Miethke**, nimmt **Frau Seiler** den noch bestehenden Änderungsantrag zurück. Über den abgeänderten Antrag der Fraktion Die Linke und der SPD-Fraktion wird wie folgt abgestimmt.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mehrere Varianten zum Babybegrüßungsdienst vorzulegen.

**Zustimmung mit Änderung Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Gut für Fürstenwalde: Qualität der 6/AN/749 Mittagsversorgung kontrollieren!"**

Ziel ist es, das Beste für die Kinder zu erreichen, so **Frau Bargenda**.

Herr Politz berichtet, dass die für die Essenversorgung und Qualitätskontrollen verantwortliche Mitarbeiterin wberichts in den vergangenen Wochen in den Einrichtungen war und intensiv Rückmeldungen eingeholt hat. In der heutigen Leiterinnentagung wurde die Essenversorgung auch themati-

sirt. Die Meinungen sind unterschiedlich. Sehr gut kommt das Servieren in Schüsseln oder auch die Buffetform an. Beim Anbieter Dussmann ist ein Qualitätssprung zu verzeichnen. Ob das dauerhaft anhält, werden die regelmäßigen Kontrollen des Qualitätsmanagements zeigen, so der Fachgruppenleiter.

**Herr Apitz** sieht es für seine Fraktion als schwierig an, die Kontrollen durch ein Labor zu eruieren. Er schlägt vor, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die immer vor Ort des Geschehens sind, bezüglich der Kontrollen weiterbilden zu lassen.

**Herr Politz** informiert über die bereits in den Schul- und Kita-Einrichtungen bestehenden Mechanismen. Zudem macht noch einmal darauf aufmerksam, dass in den bestehenden Verträgen mit den Caterern Qualitätskontrollen festgeschrieben sind und somit die Möglichkeit der Einflussnahme besteht und auch systematisch wahrgenommen wird. Die verantwortliche Mitarbeiterin steht ständig mit den Unternehmen, den Arbeitsgruppen in den Einrichtungen und deren Mitarbeitern in Kontakt. Daher kann auf evt. Missstände in der Essenversorgung in kürzester Zeit reagiert werden. Erste Erfolge gab es z. B. beim vegetarischen Essen, wo Produkte abgewählt und neue ins Sortiment aufgenommen wurden.

Im Namen der SPD-Fraktion erklärt **Herr Runge**, dass der finanzielle Aufwand für eine Prüfung durch ein Lebensmittellabor zu hoch wäre. Die Vereinbarungen in den Verträgen zwischen der Stadt und den Caterern und die Umsetzung der Kontrollen durch die Verwaltung erscheinen ausreichend. Von der Beauftragung eines Lebensmittellabors sollte abgesehen werden.

**Frau Fiedler** erinnert, dass die ersten Kontrollen am 30.09. fällig sind. Sie bittet die Verwaltung über die Ergebnisse dieser Kontrolle zeitnah zu informieren und den Prüfbericht für die DGE-Zertifizierung der Caterer zur Einsichtnahme zur Verfügung stellen. Unter dieser Maßgabe wird der vorliegende Antrag nicht zurückgezogen, jedoch zurückgestellt.

## Zurückstellung

### TOP 7.6 Antrag der FDP-Fraktion - Mehrwegtassen für den Weihnachtsmarkt in 6/AN/774 Fürstenwalde/Spree

Ergänzend zum vorliegenden Antrag informiert **Frau Schumann** über bereits getätigte Absprachen zur Umsetzung des Antrages.

- Die Fachgruppe Kultur und Sport könnte ca. 5.000 Tassen für 7.000 € erwerben und dies wäre förderfähig.
- Die Kulturfabrik gGmbH (Kufa) hat zugesichert, wenn die Tassen zum Weihnachtsmarkt zum Einsatz kommen, wird der Stadt die Spülmaschine für die Reinigung zur Verfügung gestellt.
- Den Tassentransport zwischen den Ständen und der Kufa könnten SchülerInnen oder Schülerfirmen übernehmen. Dies könnte jedoch mit Kosten verbunden sein.
- Die Tassen könnten in den Räumen der GIP kostenlos gelagert werden.

**Herr Almes** informiert über eine weitere Option zur Umsetzung des Antrages, die ebenfalls förderfähig ist. Es gibt mobile Anhänger, die mit einem Gastwirtschaftsspülgerät und Geschirr ausgerüstet sind und die ausgeliehen werden können. Nach Bedarf kann Geschirr und Besteck aufgerüstet werden ([geschirrverleih-seif.de](http://geschirrverleih-seif.de)). Betreut wird dieses Verfahren erfahrungsgemäß durch Vereine oder Verbände.

**Frau Wagner** schlägt vor, die Tassen schön zu gestalten, z. B. als Erinnerungsstück an die Stadt Fürstenwalde/Spree und diese dann mit Inhalt zu verkaufen. Somit würde der gesamte Reinigungsaufwand entfallen.

Auf die Anfrage, ob mit den Händlern das Vorhaben bereits kommuniziert wurde und ob sie sich an den Kosten beteiligen würden, verweist **Frau Schumann** auf die Sachverhaltsdarstellung im Antrag.

**Frau Fiedler** fragt nach, ob die Caterer bzw. Händler verpflichtet werden können, Mehrweggeschirr zu nutzen und bittet die Verwaltung zu prüfen. **Herr Rudolph** nimmt die Anregung dankend auf.

Aus Erfahrungen berichtet **Frau Krüger**, dass es in Stoßzeiten immer wieder zu Engpässen mit dem Mehrweggeschirr kommt und sieht die vorgeschlagene Logistik zu zeitaufwendig.

Im Ergebnis der Diskussion formuliert **Frau Schumann** den Beschlussvorschlag wie folgt neu: Der Bürgermeister wird beauftragt, den Einsatz von Mehrweggeschirr für das Jahr 2019 zu prüfen.

**Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 7.7 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 6/DS/731 "Gut für 6/AN/746 Fürstenwalde; Essenbeiträge in kommunalen Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten abschaffen"**

Der Antrag ist für den Fachausschuss als Wunsch verständlich, wie er sich jedoch bei der jetzigen Haushaltssituation umsetzen lässt, bleibt fraglich, so **Herr Apitz**. Im Namen seiner Fraktion empfiehlt er, den Antrag zunächst zurückzustellen. **Frau Seiler** schließt sich der Empfehlung an. Da der Antrag jedoch haushaltsrelevant ist, sollte sich der Fachausschuss dazu positionieren meint **Frau Wagner**.

**Herr Rudolph** erinnert daran, dass vor nicht allzu langer Zeit die Kitagebühren ab dem 2. Kind abzuschaffen, beantragt wurde. Die Kosten wurden auf ca. 400.000 T€ geschätzt. Bei dem vorliegenden Antrag geht es um Summen von ca. 2,5 Mill.€ bis 2,7 Mill.€.

**Frau Fiedler** interessieren die Zahlen der Freien Träger. Hier ist schon einmal eine Zuarbeit seitens der Verwaltung erfolgt. Konkrete Zahlen können nur benannt werden, wenn jeder einzelne Träger befragt wird und dass ist zeitlich nicht machbar, so der **Bürgermeister**.

**Herr Almes** bittet den Antrag aufzuschieben, bis sich die Haushaltslage gebessert hat.

**Frau Fiedler** erklärt sich mit der Zurückstellung einverstanden und ergänzt auf Nachfrage, der Ausschussvorsitz solle über den Zeitpunkt einer erneuten Befassung entscheiden.

**Zurückstellung**

**TOP 7.8 Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der 6/DS/781 Stadt Fürstenwalde/Spree**

Die Schulbezirkssatzung ist jährlich auf notwendige Veränderungen zu prüfen. Die angepasste Fassung liegt dem Fachausschuss nun vor, so **Herr Politz**.

**Frau Seiler** beantragt Rederecht für Herrn Giesau von Eltern AG Fürstenwalde.

**Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Herr Giesau informiert über eine gemeinsame Beratung von Stadtverwaltung, Vertretern der Eltern AG Fürstenwalde, den Leitungen der vier städtischen Grundschulen und Vertretern des Staatlichen Schulamtes. Alle Mitwirkenden waren übereinstimmend der Auffassung, dass sich das Modell der neuen Schulbezirkssatzung bewährt hat und gut anwenden lässt. Im Vergleich zum Vorjahr hat es keine Ablehnungen an den Schulen gegeben. Dennoch gibt es aus Sicht der Eltern Kritikpunkte: Zum einen können Nachbar- und Geschwisterkinder nicht immer gemeinsam eine Schule besuchen. Zum anderen haben viele Kinder längere Schulwege. Die Schulbezirkssatzung sollte ganzheitlich unter Einbeziehung des Busverkehrs und der Radwege gestaltet werden und an den Rändern Überlappungen zulassen. Somit können Nachbar- und Geschwisterkinder sowie Wohnortnähe Berücksichtigung finden. Des Weiteren möchten die Eltern mehr Wahlfreiheit in Bezug auf die beschulenden Einrichtungen.

Auf Anfrage zum Schulstandort Rauen teilt **Herr Politz** mit, dass es Gespräche zwischen den Kommunen gegeben hat, jedoch noch nicht klar ist, wann die Kündigung der Trägerschaft wirksam wird und wie sich dann die Situation entwickelt. Ergänzend fügt **Herr Rudolph** an, dass sich die Verwaltung darauf einrichtet, das evt. zum Schuljahr 2020/2021 andere Entscheidungen zu treffen sind.

Auf Nachfrage von **Frau Fiedler**, ob Geschwisterkinder getrennt beschult werden, weiß **Herr Giesau** zu berichten, dass im Staatlichen Schulamt ca. 30 Anträge nach § 106 (2) Brandenburgisches Schulgesetz eingegangen sind und alle pauschal abgelehnt worden sind. Daraufhin teilt **Herr Politz** mit, dass alle Anträge geprüft werden, aber Fakt ist, dass der Schulbesuch eines Geschwisterkindes allein nicht ausreicht, um einen entsprechenden Härtefall anzunehmen und den Antrag auf Besuch der gewünschten Schule positiv zu bescheiden. Überlappungen von Schulbezirken an den Rändern wären nur unter der Voraussetzung ohne die aus den Vorjahren bekannten Probleme möglich, dass bei den Eltern sich über alle Schulbezirke ausgleichende Interessen bestehen. Das sei nach den bisherigen Erfahrungen aber nicht zu vermuten und somit käme es wieder zu Auswahlverfahren an den Schulen.

**Frau Wagner** ist der Meinung, dass eine Überlappung nur eine Verschiebung ist, worauf **Herr Giesau** meint, dass damit den Eltern Wahlfreiheit eingeräumt wird. Rein rechnerisch schlägt er einen Radius von 2 km um die Bezirksgrenzen oder 0,5 Std. Weg mit öffentlichen Verkehrsmitteln vor.

Die deckungsgleichen Schulbezirke wurden eingeführt, um den Eltern die Wahlmöglichkeit zu geben, so **Herr Politz**. Das funktioniert jedoch nur, wenn die Schulen genügend Kapazitäten für die Kinder haben, die in der näheren Umgebung der Institutionen ihren Lebensmittelpunkt haben. Diese Voraussetzungen liegen in Fürstenwalde nicht vor. In einigen Bereichen leben mehr Kinder wie freie Schulplätze vorhanden sind und somit würde dies wieder das Auswahlverfahren zur Folge haben, das in Verantwortung der Schulleiter liegt.

Der **Bürgermeister** erkundigt sich, ob aus dem Auswahlverfahren zum Schuljahr 2018/2019 für die Freie Grundschule (Dreizügigkeit der 1. Klassen) Fälle bekannt sind, in denen die Anwahl mit zu langen Schulwegen begründet worden sind.

**Frau Miethke** beantragt Rederecht für **Frau Worseg** von der Eltern AG Fürstenwalde.

**Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Frau Worseg** berichtet, in der Klasse ihres Kindes gab es Eltern von 5 Kindern, die die Rahnschule anwählen wollten, sich aus Kostengründen jedoch dagegen entschieden. . Davon wohnen 3 Kinder nicht im Umfeld der Theodor-Fontane-Grundschule, sondern in Rauen, Süd und Nord. Weitere 3 Kinder besuchen jetzt die Rahnschule. Frau Worseg kennt auch viele Fälle, in denen Eltern ihre Kinder in verschiedene Einrichtungen bringen müssten, weil deren Anträge vom Schulamt nicht berücksichtigt wurden.

**Herr Rudolph** bittet den künftigen Kita- und Grundschulbeirat, wenn er dann berufen ist, bezüglich der überlappenden Schulbezirke Vorschläge der Verwaltung und dem politischen Raum zu unterbreiten.

Die Schulbezirkssatzung ist ein dynamischer Prozess und bedarf ständiger Anpassung. Um Rechtssicherheit zu erlangen schlägt **Herr Apitz** vor, zunächst über die vorliegende Fassung abzustimmen. Auf Anfrage von **Frau Seiler**, warum keine Regelung zu den Geschwisterkindern in die Satzung aufgenommen wird, erklärt **Herr Politz**, dass auf ausdrücklichen Hinweis des Staatlichen Schulamtes dies nicht rechtskonform wäre.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführte Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen der Stadt Fürstenwalde/Spree (Schulbezirkssatzung).

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

## **TOP 8 Informationen der Verwaltung**

### **Bürgermeister**

*Regine-Hildebrandt-Schule in Fürstenwalde/Spree*

Auf Nachfrage des Bürgermeisters, bestätigten die anwesenden, ebenfalls im Kreistag vertretenen



Stadtverordneten, dass in der Prioritätenliste des Landkreises weiter der Neubau des Schulgebäudes einschließlich Gestaltung der Außenanlagen aufgeführt ist.

### **Offene Fragen aus der letzten Fachausschusssitzung von Frau Fiedler**

#### *Nette Toilette*

Für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 waren jeweils 6.000 € im Haushalt eingestellt. Für 2019 sind ebenfalls 6.000 € geplant. Ursprünglich waren 7 teilnehmende gastronomische Einrichtungen vorgesehen. Tatsächlich konnten 5 Gastronomen für die Teilnahme am Projekt gewonnen werden. Sie erhalten eine monatliche Entschädigung in Höhe von 70 €. 3 Interessenten mussten wegen dezentraler Lage und/oder fehlender Barrierefreiheit abgelehnt werden.

#### *Teilnehmer des Projektes:*

- China Restaurant Am Dom
- Extrawurst
- Blue Ice
- Herrlicher
- Haus am Spreebogen

#### *abgelehnte Interessenten:*

- Zum Heidekrug
- Kulturfabrik gGmbH
- Zunfthaus

**Herr Rudolph** beantwortet weitere Fragen zum Thema:

Eine Auswertung, wie das Projekt in der Stadt angenommen wird, kann nicht erfolgen, da es keinerlei Erhebungen darüber gibt.

Da bislang der Fokus auf der Innenstadt lag, hat die Stadt weitere gastronomische Einrichtungen nicht kontaktiert. Ergänzend fügt **Herr Mörsel** an, dass ihm Rahmen des Bürgerbudgets angeregt wurde, für dieses Projekt auch in Bahnhofsnähe Einrichtungen zu akquirieren.

Die gastronomischen Einrichtungen werden durch den Außendienst der Fachgruppe Öffentliche Ordnung und Gewerbe kontrolliert.

#### *Wettbewerb kinderfreundliche Kommune*

Die Stadt Fürstenwalde/Spree hat sich nicht beworben, so **Herr Politz**. 2007 hatte die Stadt teilgenommen, jedoch war der Aufwand sehr groß für ein relativ kleines Ergebnis und ein Vorzeigeobjekt war nicht vorhanden.

### **Herr Politz**

*Veranstaltung „Tag des Vorschulkindes“ am 29.09.2018*

in der Erich-Kästner-Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt „Lernen“

## **TOP 9      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

### **Frau Wagner**

*Gerhard-Goßmann-Grundschule*

Wünscht sich eine Debatte im Fachausschuss zum halboffenen Schulhof, der wurde wegen Vandalismus, Alkohol u. a. geschlossen wurde.

### **Herr Almes**

*Mittel fürs Frauenhaus*

**Frau Wagner** weiß zu berichten, dass sich das Frauenhaus in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses im Kreis vorstellt und Frau Lauke dann Stellung zu den finanziellen Mitteln geben wird.

## TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

**Frau Miethke** schließt um 22.15 Uhr den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Fachausschusses und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 10 Seiten. Es sind 11 audits und 1 Anlage zur Niederschrift im AIS eingestellt.

Anja Miethke

Elke Stein

---

Stellvertretende Vorsitzende

Schriftführerin